

Dem Städtebau fehlt es derzeit an Visionen

»Erdgeschosszonen und Dachlandschaften unserer Städte mit Entwicklungschancen noch und noch«

pn. Die Auftaktveranstaltung zum Internationalen Holzbauforum am 6. Dezember, organisiert und moderiert vom Holzabsatzfonds Bonn, stand unter dem Thema „Öffentlich initiiertes und urbanes Bauen in Holz – Stadtentwicklungen“. Holz ist in der deutschen Stadt angekommen, wird mittlerweile deutlich öfter eingesetzt als noch vor Jahren, und zwar sowohl von privaten Bauherren wie auch kommunalen. Dennoch: Vor allem die Finanznot der Städte ist ein Problem, das sich als Hemmschuh für den erst in Gang gekommenen kommunalen Holzbau erweisen könnte.

Sozialwissenschaftler Ralf Zimmer-Hegmann wies im Einführungsreferat der IHF-Auftaktveranstaltung auf eine unübersichtliche Debatte über die Zukunft unserer Städte hin. Derzeit sei nicht so ganz klar erkennbar, wohin die Entwicklung eigentlich gehe. Die Stadtentwicklung werde stark geprägt durch eine z. T. ruinöse Standortkonkurrenz um Gewerbeansiedlungen und Arbeitsplätze.

Global gesehen nimmt die Verstädterung insgesamt rasant zu: für 2020 wird erwartet, dass 61% (= 5 Mrd. Menschen) der Weltbevölkerung in Städten leben. Diese Entwicklung laufe, so Zimmer-Hegmann, in Europa langsamer ab, wobei hier aber bereits drei Viertel der Menschen in städtischen Regionen leben. Für Deutschland gelte eine Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung: viele Kernstädte – besonders in Westdeutschland, weniger im Osten – verliere Bewohner an ihre Randzonen. Gerade Ruhrgebietsstädte wie Duisburg, Dortmund oder Oberhausen seien hiervon betroffen.

Negative Wanderungssaldi sind in traditionellen Industriestädten wie Gelsenkirchen, aber auch in Dessau, Neubrandenburg oder Zwickau festzustellen, während Dienstleistungszentren wie

Freiburg i.Br., Aachen und München deutlich an Bewohnern hinzugewinnen. Die Risiken bei Stadtschrumpfung, meist die Folge von Gewerbeabwanderung, sind verbreitete Arbeitslosigkeit und die soziale Polarisierung in einzelnen Stadtteilen, damit verbunden die Auflösung bestehender Strukturen und die Gefahr von Kulturkonflikten.

Als wichtigen Lösungsansatz zum Abbremsen von Abwanderung nannte Zimmer-Hegmann aktive Integrationspolitik. Die Bevölkerungsdynamik in der deutschen Stadt, besonders auf westdeutschem Gebiet, werde mittlerweile von Menschen mit Wurzeln im Ausland getragen. Daher sei Integrationspolitik keine Minderheitenpolitik mehr. Zimmer-Hegmann umriss die Therapie gegen den Niedergang der Stadt mit „Technologie, Talente und Toleranz“.

Finanznot der Kommunen engt auch städtebauliche Spielräume ein

Bei den Kommunen hat Zimmer-Hegmann vier Strategien festgestellt, wie auf sinkende Einwohnerzahlen reagiert wird: expansiv mit durch Ausweisen neuer Flächen für die Wohnbau-

ung, mit Bestandspflegemaßnahmen, mit einer regelrechten Planung des Schrumpfungsprozesses – oder passiv durch Nichtstun. Letzteres auch deshalb, weil einfach keine freien Geldmittel mehr zur Verfügung stehen. Die Finanznot vieler deutscher Städte, gerade der schrumpfenden, bedrohe deren Entwicklungsmöglichkeiten. Ebenso drohe eine Vertiefung der Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern unter den Städten.

Mancher wünscht sich mehr visionären Städtebau

Prof. Matthias Reichenbach-Klinke, Inhaber des Lehrstuhls für Planen und Bauen im ländlichen Raum an der TU München, wies ebenfalls auf eine momentane städtebauliche Ziellosigkeit hin. Der Landverbrauch sei so groß wie nie zuvor, die Zersiedelung der Landschaft raumgreifende Realität. Vor allem das Dienstleistungsgewerbe (Vorstadt-Einkaufszentren!) verlagere sich an in der Regel städtebaulich nicht integrierte oder gar nicht integrierbare Standorte.

Die Gesellschaft verlange Nachhaltigkeit, aber in den Kommunen werde nach ganz anderen Gesichtspunkten geplant und gebaut – ohne Sicht auf das Ganze. Daran knüpfte Reichenbach-Klinke in Garmisch die Forderung nach einer „Rückkehr zum visionären Städtebau“. Wobei die Gesellschaft, so der Professor, Angst vor Visionen habe. Zu oft würden juristische Fallstricke befürchtet.

Als positives Beispiel für eine gelungene Verbindung von Wohnen und Arbeiten nannte der Professor die Stadt Dingolfing. Die hohe Produktivität des dortigen BMW-Werks sei auf die hohe Zufriedenheit der Belegschaft mit der

generellen Lebenssituation zurückzuführen, was auch mit dem arbeitsplatznahen Wohnen zu tun habe. Dinkelsbühl erwähnte der TUM-Professor als Beispiel für die Ertüchtigung einer mittelalterlichen Stadt, um so der Entvölkerung der Altstadt entgegenzuwirken. Die „wertvolle Raumqualität“ dieser Stadt werde durch Parkhäuser, Verkehrslenkung und Steigerung der Wohnqualität im verdichteten Wohnraum an heutige „funktionale Notwendigkeiten“ angepasst.

Städtebau stärker am Mobilitätsbedarf orientieren

Am Beispiel von München zeigte Reichenbach-Klinke auf, dass es Sinn mache, sich über die Mobilitätsstrukturen mehr Gedanken als bisher zu machen.

Knotenpunkte von radialen und tangentialen „Mobilitätssystemen“ (Umsteigemöglichkeiten zwischen Auto, Straßen- und Stadtbahn, usw.) bildeten städtebauliche Magnete für eine bessere Verzahnung von Stadt und Land.

Die Gesellschaft gebe sehr viel Geld für Mobilität aus, daher sollte städtebaulich der Mobilitätsanspruch der Gesellschaft auch stärker berücksichtigt werden, zumal der Wunsch nach dem freistehenden Einfamilienhaus ungebrochen sei. Der sei so bestimmend, dass der Wohnort eher nach dem Immobilien- als nach dem Arbeits- und Infrastrukturangebot gewählt werde. Was folgt, sind rasches Wachstum von Stadtrandgemeinden, die Auflösung der Stadtkonturen, die Zersiedelung der sie umgebenden Landschaft und anschwellende Pendlerströme. Die Bauleitpläne der Gemeinden seien mit den Zielen der Regionalplanung in der Regel wenig abgestimmt, Infrastrukturfragen würden von Gemeinden und Ge-

nehmungsbehörden wenig beachtet, so Reichenbach-Klinke.

In den Städten selber böten bestehende Erdgeschosszonen und Dachlandschaften Chancen „noch und noch“ zur Weiterentwicklung des Städtebaus. Für die fertig gebauten Innenstädte gelte es, das Spannungsfeld zwischen dem materialen Umfeld auf der einen Seite und dem sozialen Umfeld der Städter in all ihren Facetten auf der anderen Seite immer wieder neu zu hinterfragen und visionär zu entwickeln: gemeint ist die Auflösung der Grenzen zwischen dem Gebäudeinneren und -äußeren, gerade in den „Sockelzonen“ von Häuserblöcken.

Das Stadtflucht kein unabwendbarer Trend ist, die Meinung vertrat Christoph Chorherr, „Grünen“-Gemeinderat aus Wien. Er zeigte gelungene, teilweise auch gewagte Holzbauten und Bauten mit Holzverwendung in der Region Wien. Chorherr wies auch auf die Chancen des Holzbaus in den rasch wachsenden Städten in der Dritten Welt hin, auch wenn dabei nicht mit europäischem Maßstab gemessen werden darf.

Der Leser mag sich fragen, was Stadtentwicklung mit Holz zu tun hat. Indirekt sicher. Die Themen wurden auch nicht von ungefähr vom Holzabsatzfonds so ausgewählt. Wer sich mit den künftigen Märkten für Holz beschäftigt, muss sich auch mit der Entwicklung der Städte befassen. Und dann erkennt man auch, ob Holzprodukte billiger oder teurer, modularer, leistungsfähiger, komplexer oder wie auch immer werden müssen.

Ludger Dederich vom Holzabsatzfonds riet in Garmisch den Holzbaubetrieben jedenfalls, die kommunalen Strukturen offensiv zu nutzen und sich auch öffentlich mehr für den Holzbau zu engagieren.